

Keynesianismus

Keynesianismus ist ein Sammelbegriff für wirtschaftstheoretische und -politische Konzepte, die sich auf die Arbeiten von John Maynard Keynes (1883-1946) stützen. Hintergrund waren die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise sowie des Versagens der damals vorherrschenden Wirtschaftstheorie und -politik, sie zu erklären und wirksam zu bekämpfen. Die beiden wesentlichen Botschaften lauten: Kapitalistische Marktwirtschaften sind instabil und sie können durch staatlich-politische Intervention stabilisiert werden.

Wesentliche neue Erkenntnisse der Keyneschen Theorie betreffen erstens die zentrale Rolle der *gesamtwirtschaftlichen Nachfrage*: im Gegensatz zur neoklassischen Theorie ging Keynes davon aus, dass eine kapitalistische Wirtschaft nicht aus sich aus zu Vollbeschäftigung tendiert, die über Lohnanpassungen am Arbeitsmarkt hergestellt werde. Entscheidend für die Höhe der Beschäftigung ist vielmehr die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Statt in einer Rezession die Löhne zu senken, ist es daher wichtig, die Nachfragerücke durch höhere private und öffentliche Nachfrage zu schließen. Zweitens die zentrale Rolle der *Unsicherheit und unsicherer Erwartungen*, unter denen Unternehmen und Haushalte ihre wirtschaftlichen Entscheidungen über Investitionen bzw. Konsum oder Sparen (Bildung von Finanzvermögen) treffen. Diese Unsicherheit fördert die Spekulation auf den Finanzmärkten und kann die Wirtschaft destabilisieren. Drittens die *langfristigen Stagnationstendenzen* kapitalistischer Systeme. Keynes hat schon 1941 drei Phasen der langfristigen Entwicklung der Industrieländer nach dem Zweiten Weltkrieg prognostiziert. Die erste sei durch Kapitalmangel, die zweite durch ein ungefähres Gleichgewicht zwischen Angebot an und Nachfrage nach Kapital und die dritte dadurch gekennzeichnet, dass auf der einen Seite wegen steigender Einkommen das Sparen zunehme, während auf der anderen Seite die rentablen Investitionsmöglichkeiten abnehmen. Um diesen Stagnationstendenzen entgegenzuwirken, bedürfe es eines höheren privaten Konsums, einer »Sozialisierung der Investitionen« und einer Verkürzung der individuellen Arbeitszeiten. Keine ökonomische Langfristprognose für die zweite Hälfte des vergangenen Jahrhunderts ist von derartiger Treffgenauigkeit gewesen. Und schließlich viertens die *Notwendigkeit internationaler währungspolitischer Kooperation* zur Vermeidung globaler (Finanz-)Krisen und daraus eskalierender zwischenstaatlicher Konflikte. Keynes schlug auf der Konferenz von Bretton Woods (1944) ein System vor, das feste Wechselkurse sowie politische Interventionen zur Herstellung ausge-

glichener Leistungsbilanzen – unter anderem durch die Besteuerung langfristiger Überschüsse! – vorsah. Die seit Mitte der 1970er Jahre zunehmende Polarisierung in der Weltwirtschaft demonstriert die unverminderte Aktualität des Grundgedankens dieser Vorschläge gegen die entfesselte Weltmarktkonkurrenz.

Keynesianische, nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in vielen Ländern erfolgreich praktiziert. In der Bundesrepublik hat sie dazu beigetragen, die Rezession von 1966/67 schnell zu überwinden. Ab Ende der 1960er Jahre verdrängte neoklassische theoretische Konterrevolution die Keynesche Revolution des ökonomischen Denkens. Mit dem Staatsstreich in Chile sowie der Demontage des Systems von Bretton Woods im Jahre 1973 begann der Siegeszug neoliberaler Wirtschaftspolitik. Linke Kritik bezieht sich in der Regel auf die ökologische Blindheit sowie auf die Fixierung auf Wirtschaftswachstum. Die erste Kritik ist durch eine mehr auf stoffliche und regionale Strukturen achtende Politik heilbar. Die zweite ist für die Langfristperspektive unzutreffend: Keynes hat mehr öffentliche Investitionen und Arbeitszeitverkürzung ausdrücklich als notwendige und wünschenswerte Zukunftsperspektiven des Kapitalismus angesehen.

Das Potenzial Keynescher Theorie für die Kritik am Neoliberalismus und die Entwicklung von Alternativen hierzu ist nach wie vor groß. Zentrale Aspekte eines modernen Keynesianismus betreffen neben der Konjunktursteuerung die Stabilisierung und Kontrolle der Finanzmärkte, präzise Vorstellungen über eine Sozialisierung der Investitionen und neue internationale Kooperation (Global Governance). Entscheidend für eine solche Weiterentwicklung ist die Betonung wirtschaftsdemokratischer und sozialstaatlicher Strukturen, die einer möglichen Fehlentwicklung des Keynesianismus in autoritäre Staatsstrukturen und -tätigkeiten entgegentritt. In diesem Zusammenhang müsste dann auch ein gravierender Mangel der Theorie überwunden werden: die fehlende Auseinandersetzung mit den Macht-, Klassen- und Kräfteverhältnissen kapitalistischer Gesellschaften.

Jörg Huffschmid

Zum Weiterlesen

Keynes, John Maynard (1936): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 6. Auflage, Berlin 1983.

Ders. (1928): Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder, in: Norbert Reuter (2007), S. 135-147.

Ders. (1941): Das Langzeitproblem der Vollbeschäftigung, in: Norbert Reuter (2007), S. 159-164.

Reuter, Norbert (2007): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, Marburg.